

24/7. 1918

24.

125

Wirtschaftsgebiet Mitteleuropa.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

v Budapest, 23. Mai.

Das ungarische Abgeordnetenhaus ist heute zur Fortsetzung der Steuerdebatte zusammengetreten. Wichtiger als diese Frage der inneren Rüstung ist jedoch die der gemeinsamen Wehrbereitschaft, die der Minister für Volksernährung Fürst Windischgrätz in einer längeren Rede vor der Tagesordnung behandelte. Gestern fand ein Ministerrat statt, der sich zunächst mit der Frage des Warenaustausches zwischen Oesterreich und Ungarn beschäftigte. In diesem Ministerrat wurden aber auch die Vorbedingungen zur Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsgebietes der Mittelmächte besprochen. Das Projekt eines derartigen gemeinsamen Ernährungsgebietes nähert sich der Verwirklichung. Die Feststellung, daß in nächster Zeit Vereinbarungen für längere Dauer abgeschlossen würden, über die man in Berlin die Verhandlungen begonnen hat und die man jetzt in Budapest abschließen will, ist eine Bestätigung dieser Annahme.

Wie sich die Einzelheiten gestalten sollen, darüber kann man aus der Rede des Fürsten Windischgrätz gewisse Schlüsse ziehen. Fürst Windischgrätz sagte: „Ungarn, das über Uberschüsse verfügt und trotzdem entbehren müsse, sei unorganisiert. Das deutsche Beispiel beweise, daß strenge Maßnahmen und Selbstzucht eine systematische Versorgung sichern.“ Fürst Windischgrätz erklärte ferner unter anderem: „Der österreichische Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat jüngst in einer Rede das gemeinsame Ernährungsgebiet erwähnt. Ich will ganz kurz erklären, daß derzeit weder von Seite der ungarischen Regierung, noch seitens eines auswärtigen Organs der Monarchie irgendwelche Verpflichtungen, nach welcher Richtung immer, übernommen worden sind, die sich auf die Art der Verwendung der diesjährigen Ernte beziehen. Doch sind zwischen den Regierungen der Mittelmächte Verhandlungen im Gange, deren Hauptziel ist die ungeführte Versorgung der verbündeten Staaten im nächsten Wirtschaftsjahre auf allen Gebieten zu gewährleisten. Diese Verhandlungen haben im Laufe der vergangenen Woche in Berlin begonnen und werden in den nächsten Tagen in Budapest fortgesetzt werden. Die allgemeine Erörterung der Ernährungsfragen der Zentralmächte ist notwendig geworden, schon deshalb, weil der Frieden im Osten vollständig neue Verhältnisse geschaffen und neue Gebiete in den Machtbereich der Mittelmächte gebracht habe. Die durch die Blockade verursachte Notlage Oesterreichs hat stets zu Bestrebungen geführt, die aus der Monarchie ein gemeinsames Ernährungsgebiet machen wollen. Wie es in den vergangenen Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen gelungen ist, die Ernährung Oesterreichs aus den Uberschüssen Ungarns, wenn auch unter Schwierigkeiten, zu bewerkstelligen, können wir jetzt voll Beruhigung der Zukunft entgegenblicken. Wenn man heute aber überhaupt von einem Ernährungsgebiet reden darf, dann kann nicht von Oesterreich und Ungarn, sondern nur noch von Mittel- und Osteuropa die Rede sein. Gerade mit Rücksicht auf die durch den Frieden im Osten veränderten Verhältnisse sieht unsere Regierung vor entscheidenden Beschlüssen.“

Weiter führte der Minister aus: „Die Kriegswirtschaft hat die durch exportierten Mergen sehr wesentlich herabgesetzt. Dennoch können wir feststellen, daß wir bei halbwegs glücklichen Ernte-Verhältnissen noch über ansehnliche Uberschüsse verfügen werden. Dagegen sind wir in sehr vielen Bedarfsartikeln auf den Import aus dem Auslande angewiesen. Unsere Beratungen mit den Verbündeten können demnach nur in der Richtung erfolgen, daß wir uns für unsere durch uns zu überlassenden Uberschüsse womöglich große Vorteile betreffend die Einfuhr solcher Industrieartikel sichern, deren wir besonders bedürfen. Die Entscheidung liegt in der Hand der sämtlichen verantwortlichen Regierungen. Außer allem Zweifel ist, daß wir über einen systematischen Wirtschaftsplan in den bisherigen Kriegsjahren nicht verfügt haben.“

Der Minister sprach dann über Verfügungen, die die Regierung treffen will, um die diesjährige Ernte sicherzustellen, und erwähnte im weiteren Verlaufe seiner Rede, daß in den jüngsten Tagen Abordnungen aus Galizien und Tirol bei ihm erschienen

selen und dringend um Unterstützung gebeten hätten. Der Minister erklärte, daß Ungarn bisher seine Uberschüsse stets im Wege des österreichischen Ernährungsamtes dem Auslande zur Verfügung gestellt habe und nur in einigen wenigen berücksichtigungswürdigen Ausnahmefällen zur direkten Unterstützung der betreffenden Notstandsgebiete beigetragen habe. Von diesem Gesichtspunkte werde sich die Regierung auch weiter leiten lassen. Jedenfalls aber werde sie, so wie bisher, auch weiterhin durch energische Maßnahmen verhindern, daß über den Maximalpreis hinaus Waren aus Ungarn nach Oesterreich befördert werden zu einem Zeitpunkt, wo zur Deckung des eigenen Bedarfs energische Maßnahmen ergriffen werden müßten.